

## Übungsfall II

1. a)

Arnotro GmbH  
**Herrn GF.....**  
Straße, Hausnummer  
01744 Dippoldiswalde

### **Walter Gerätetechnik GmbH ./ Arnotro GmbH Auftrag vom 18. Dezember ..... (Auftragsnummer .....)**

Sehr geehrter Herr .....,

zunächst dürfen wir anzeigen, dass wir die rechtlichen Interessen der Firma Walter Gerätetechnik GmbH, (Straße, Hausnummer), 01099 Dresden vertreten. Ordnungsgemäße Bevollmächtigung versichern wir anwaltlich.

Am 06. Januar ..... schlossen Sie unter o. g. Auftragsnummer einen Vertrag mit unserer Mandantin, die daraufhin unter dem 27. Januar ..... Rechnung legte.

Trotz vielfacher, auch schriftlicher Mahnungen haben Sie diese Rechnung bislang nicht bezahlt. Wir fordern Sie daher auf, den Betrag von **7.465,00 €** unverzüglich, spätestens jedoch bis zum

**(14 Tage)**

auf unser unten genanntes Anderkonto zu zahlen; wir sind empfangsbevollmächtigt.

Aufgrund der Mahnungen haben Sie, wie Ihnen bekannt sein dürfte, auch die mit unserer Einschaltung verbundenen Kosten zu tragen. Diese geben wir Ihnen mit beiliegender Kostennote bekannt und sind innerhalb vorgenannter Frist auszugleichen.

Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass unsere Mandantin, sofern der Rechnungsbetrag nicht bis zum (o. g. Frist) gezahlt wird, gerichtliche Schritte gegen Sie erheben wird.

Mit freundlichen Grüßen  
Rechtsanwalt

b)

### **Gegenstandswert: 7.465,00 €**

1,3 Geschäftsgebühr gem. §§ 2 II, 13 RVG i. V. m. Nr. 2300 VV RVG	535,60 €
Auslagenpauschale gem. Nr. 7002 VV RVG	<u>20,00 €</u>
Zwischensumme	555,60 €
zzgl. 19 % Mehrwertsteuer gem. Nr. 7008 VV RVG	<u>105,56 €</u>
<b>Gesamtbetrag</b>	<b><u>661,16 €</u></b>

2.a)

Landgericht Dresden  
Lothringer Straße 1

01069 Dresden

Dresden, den .....

## K L A G E

der Firma Walter Gerätetechnik GmbH, (Straße, Hausnummer), 01099 Dresden, vertreten durch den Geschäftsführer .....

**Klägerin**

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte .....,

g e g e n

Firma Arnotro GmbH, (Straße, Hausnummer), 01744 Dippoldiswalde, vertreten durch den Geschäftsführer .....

**Beklagte**

wegen: Forderung  
Streitwert: 7.465,00 €

Namens und im Auftrage der Klägerin erheben wir Klage. Im Termin zur mündlichen Verhandlung werden wir beantragen:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin € 7.465,00 zzgl. Zinsen i. H. v. 8 Prozentpunkten über dem Basiszins-satz daraus seit dem ..... und außergerichtliche Mahnkosten in Höhe von € 287,80 zu zahlen.
2. Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
3. Das Urteil ist ohne Sicherheitsleistung gem. § 750 ZPO vorläufig vollstreckbar.

Für den Fall des Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen beantragen wir bereits jetzt den Erlass eines

Versäumnis- oder Anerkenntnisurteils.

Der Übertragung des Rechtsstreites zur Entscheidung durch den Einzelrichter (§ 348 Abs. 1 ZPO) stehen aus Sicht der Klä-gerin keine Gründe entgegen.

**Begründung:**

Die Klägerin stellt Blechteile und -geräte her und verlangt von der Beklagten die Zahlung einer Rechnung für die Herstellung und Lieferung von verschiedenen Metallgehäusen.

1. Die Beklagte bestellte mit Schreiben vom 18. Dezember .....,

**Anlage K 1,**

die Lieferung von verschiedenen Metallgehäusen einschließlich Einbau zum Gesamtpreis von 7.465,00 €.

2. Den Auftrag nahm die Klägerin mit Auftragsbestätigung vom 06. Januar .....,

**Anlage K 2,**

an. Noch im Januar lieferte die Klägerin die hergestellten Teile und baut diese ein. Mängel rügte die Beklagte nicht.

3. Die Vergütung fakturierte die Klägerin mit Rechnung vom 27. Januar .....,

**Anlage K 3,**

in Höhe von 7.465,00 €. Die Rechnung ist der Beklagten spätestens am 29. Januar ..... zugegangen. Sie befindet sich gem. § 286 Abs. 3 S. 1 BGB seit ..... im Verzug. Die Klägerin mahnte den Ausgleich der Rechnung zuletzt mit Schreiben vom 25. April ....., an. Die Beklagte reagierte weder auf diese Mahnung noch das ihr am ..... zugegangene anwaltliche Mahnschreiben,

**Anlage K 4.**

4. Für das außergerichtliche Mahnschreiben entstanden der Klägerin Kosten in Höhe von 644,50 € Gemäß Abs. 4 der Vorbemerkung 3 zu Teil 3 des VV RVG wird die Geschäftsgebühr nur in Höhe von 0,65 (= 267,80 €) auf die Verfahrensgebühr angerechnet. Daher kann die Klägerin neben den Verzugszinsen außergerichtliche Mahnkosten in Höhe von € 287,80 wie folgt geltend machen:

1,3 Geschäftsgebühr gem. §§ 2 II, 13 RVG	
i. V. m. Nr. 2300 VV RVG	535,60 €
abzgl. 0,65 Geschäftsgebühr gem. §§ 2 II, 13 RVG	
i. V. m. Abs. 4 Vorbemerk. 3 zu Teil 3 VV RVG	./ 267,80 €
Auslagenpauschale gem. Nr. 7002 VV RVG	<u>20,00 €</u>
<b>Gesamtbetrag</b>	<b><u>287,80 €</u></b>

Beglaubigte und einfache Abschrift anbei.  
Rechtsanwalt

b) 3 Gerichtskostengebühren = 498,00 €